

Dienstag.

Erste Ausgabe. Vormittags 11 Uhr.

22. April 1851.

Nr. 205.

Zeitung. Die Zeitung erscheint täglich zwei mal und wird ausgetragen in Leipzig. Sonnabend 11 Uhr, Abend 6 Uhr, in Dresden Abend 6 Uhr, Vormittags 8 Uhr.

Preis für das Werkstück
2 Thlr.; jede einzelne Nummer 1 Thlr.

Deutsche Allgemeine Zeitung.

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz».

Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes, sowie durch die Expeditionen in Leipzig (Duerstrasse Nr. 8) und Dresden (bei C. Höcker, Münzgasse, bei der Brücke, Nr. 3).

Insertionsgebühr für den Raum einer Zeile 2 Thlr.

Deutschland.

△ Berlin. 21. April. Wir gelangen nun endlich zu dem letzten Kapitel der von uns besprochenen Schrift: „Vier Monate auswärtiger Politik“: Dresden. Einzelheiten aus den Dresdener Verhandlungen zu geben, kann nicht unsere Absicht sein, nachdem die bekannte Broschüre „Die Dresdner Conferenzen“ ein reichhaltiges Material darüber geliefert. Interessant ist es, was der Verfasser der vorliegenden Schrift über die Intentionen des Hrn. v. Manteuffel in Betreff der Dresdner Conferenzen mittheilt. In der letzten vertraulichen Sitzung des Fürstencollegiums vom 19. Dec. wurde von der preußischen Regierung mitgetheilt, Preußens Absicht werde besonders darauf hingehen, ein neues Centralorgan zu schaffen, welches für eine starke Aufrechterhaltung der Autorität genügende Garantie darbieitet. Dieses Centralorgan müsse aus einer angemessenen Stimmenzahl nach Analogie des Engern Rathes unter Vermittelung jedes Gruppenstems gebildet werden, und die besondern Verhältnisse der beiden Großmächte zu gleich berechtigter Geltung kommen lassen. Eine ständische Vertretung bei dem neuen Centralbundes-organ werde Preußen nicht beantragen, da Österreich sich bei den vorläufig stattgehabten Besprechungen gegen eine solche erklärt habe. Ein hervorragendes Bedürfnis dazu werde durch eine engere Verbindung der bezeichneten Staaten zu diesem Zwecke bestrebt werden müssen, wozu Preußen seine Bereitwilligkeit bekräftigen werde. Bei der Verhandlung dieser Frage werde auch die endliche Feststellung der Landestheile, aus welchen der weitere Bund sich bilden werde, ernstlich in Betracht gezogen werden; das Unionsrecht dürfe den Bundesgliedern nicht beschränkt werden.

Über das Verhältnis der neuen Bundesverfassung zur Landesverfassung drückte sich Hr. v. Manteuffel sehr vorsichtig oder vielmehr sehr zweideutig aus. In Betreff der ständischen Verhältnisse in Deutschland, so sagte er, müsse dem eingetretenen Rechtszustande die volle Anerkennung widerfahren, welche das auf den Rechtsstand der Regierungen gezielte Vertrauen und die Rücksicht auf die Sicherstellung der Erfüllung der Bundespflichten erheischen. Von seiner Kurzsichtigkeit noch nicht geheilt, versicherte er endlich, daß Preußen, selbst wenn die Conferenzen ohne Resultat bleiben, den alten Bundestag nicht wieder eintreten lassen werde. Die Resultate der Dresdener Verhandlungen gelgen, inwiefern diese letztern Versprechungen des Hrn. v. Manteuffel in Erfüllung gegangen sind. Wir werden deshalb dem Verfasser in die näheren Ausführungen hierüber nicht zu folgen brauchen. Die Beschlüsse der zweiten Commission, in welcher Preußen den Vorzug führt, mögen jetzt von Denen gewürdigt werden, welche von der Unionsverfassung behaupteten, sie mache Preußen von den kleineren Staaten ganz abhängig. Hr. v. Manteuffel ging in alle Pläne des Fürsten Schwarzenberg ein. Ganz verweigert und die Vertragung der Conferenzen trat ein. Jetzt erscheint der alte Bundestag als der einzige rettende Hafen. „Politische Unfähigkeit reicht nicht hin — sagt der Verfasser der „Vier Monate“ — um die Thesen der Hh. v. Manteuffel und Stochhausen, die wir an uns haben vorübergehen lassen, begreiflich zu machen. Die zweite Ursache ihrer verfehlten Handlungen ist eine Tendenzpolitik, welche die Ehre und Macht des Staats der Durchsetzung einer politischen Parteidocin unverordnet. Diese Parteidocin verlangt, daß in Preußen eine der Geschichte und den Bedingungen des Staats zuwiderlaufende Reaction gemacht werden soll. Dazu ist Einverständnis mit Österreich und Russland notwendig und dies zu erreichen ist kein Preis zu hoch.“ „Wir hätten uns niemals der traurigen Mühe unterzogen, die Politik des Hrn. v. Manteuffel in ihre Details zu verfolgen, wenn es Hr. v. Manteuffel nicht vermieden hätte, den Kammern die Atenstüze seiner auswärtigen Politik vorzulegen und wenn die Kammern ihre Schuldigkeit gegen Preußen erfüllt hätten. Da aber in diesen eine Partei das Niedergewicht hat, welche meint, daß die Kammern schweigen müssen, um nicht von Hrn. v. Manteuffel zum Schweigen gebracht zu werden, so bleibt nichts weiter übrig, als die Thatsachen mit den Ursachen, aus welchen sie hervorgegangen sind, dem öffentlichen Urtheile vorzuladen.“ „Wir schließen hiermit unsere Analyse. Die Thatsachen, die in der Schrift angeführt sind, sprechen mehr als alles Rassonnement. Die offiziellen und offiziösen Organe haben sich bemüht, die Tragweite jener Angaben durch Berichtigung einzelner Punkte zu schwächen. Es ist ihnen nicht gelungen. Die Polizei hat ihnen zu Hülfe kommen und die Widerlegung vermittelst Confiscation versuchen müssen.“

Ein berliner Correspondent der Kölnischen Zeitung glaubt den Inhalt der neuesten österreichischen Antwortnote (unser hannover-

scher Correspondent machte bereits Nr. 196 nähere Angaben darüber) gegenwärtig genauer, als es bisher geschehen, in Folgendem bezeichnen zu können: Die Note weist zuvörderst jede Theilung der Gewalt nochmals zurück und erklärt sich damit einverstanden, allseitig auf den Rechtsboden des Bundesstaats zurückzufallen, aber unter der Bedingung wesentlicher in Frankfurt festzustellender Reformen. Dazin gehört zunächst eine veränderte Abstimmung im Plenum sowol als im Engern Rathe, außerdem aber die Herstellung eines allgemeinen deutsch-österreichischen Zollverbandes; dann die Regelung der öffentlichen Erziehung oder die Errichtung der Schulen und Universitäten in Deutschland, natürlich auf dem durch die früheren Ausnahmegesetze bereits betretenen Wege; endlich die Errichtung einer nicht polizeilichen, sondern einer militärischen Macht, welche nach innen die Ordnung und nach außen den Frieden sichert. Es bedarf kaum der Bemerkung, daß, wenn diese Vorschläge je Wirklichkeit werden sollten, Deutschland weit hinter den März 1848 zurückgedrängt ist und Preußen wenig mehr als den ersten Constabler der großen österreichisch-deutschen Polizeianstalt zu bedeuten haben wird.

— Das berliner Correspondenz-Bureau vom 21. April berichtet von der Sensation, welche die Nachricht, daß Österreich von Piemont für den Fall eintretender Eventualitäten den Durchmarsch von 200,000 Mann gefordert, in Berlin gemacht habe. In Wien und Petersburg scheint man einer Bewegung in Frankreich entgegen und gedenkt dieselbe zu unterdrücken; beide Staaten seien einig darüber und suchten Preußen — das sich hoffentlich fern halten wird — in ihren Bund zu ziehen. Daher auch die Eile, mit der Österreich auf Herstellung einer kräftigen Executive im Deutschen Bunde dringe.

— Wie schon andernorts, wird auch heute in berliner Blättern in Abrede gestellt, daß ein Attentat auf den preußischen Gesandten in London, Hrn. Büntjen, von einem Flüchtlings verübt worden sei.

— In Königsberg hat ein Districts-Commissar ohne höhern Anstrag, sondern aus eigener Machtvollkommenheit, ein Buch verboten. Diese polizeiliche Verbotsfahrt wurde bekannt durch eine amtliche Bekanntigung des Polizeipräsidiums, daß das in Rede stehende Buch nicht verboten sei.

— Über den Nothstand in Kurhessen (Nr. 199) wird jetzt auch in der Allgemeinen Zeitung in einer Correspondenz aus Kassel bittere Klage erhoben. „Der Geldmangel“, heißt es da, „wird immer fühlbarer. Die Regierung ist jetzt sogar nicht einmal mehr im Stande, die nothdürftigsten Ausgaben zu bestreiten. So haben die Arbeiter an den Eisenbahnen seit Wochen, ja ein großer Theil derselben seit Monaten keinen Lohn mehr empfangen. Auch die Rekrutenelinstellung, welche längst schon hätte vor sich gehen müssen, ist deshalb hinausgeschoben worden. Dazu kommt nun noch der allgemeine Nothstand, welcher in der letztern Zeit durch den Druck der Einquartierung in erschreckender Weise um sich griffen und auf dem Lande, namentlich in der nächsten Umgebung Kassels, einen nie gekannten Höhepunkt erreicht hat. Bärtische Offiziere erzählen mir, daß in den umliegenden Dörfschaften eine solche Noth herrsche, daß die Leute platterdings nicht im Stande seien, der Einquartierung die nötigen Nahrungsmittel zu verschaffen. Es sollen mehrere Tage und selbst Wochen vergangen sein, wo die armen Soldaten kein Stück Fleisch gesehen haben. Ihre einzige Nahrung bestand in etwas Brot, dünner Suppe und Kartoffeln. Bis dahin haben die Offiziere ihren Leuten noch immer Milch zugesprochen und sie auf bessere Zeiten vertrostet, ihnen auch hin und wieder aus ihrer eigenen Tasche einige Silbergroschen zuschießen lassen, damit sie ihre total erschöpften Kräfte in etwas wieder restauriren könnten, aber auf die Dauer ist ein solcher für beide Theile beläugenswerther Zustand nicht zu halten. Die Bataillonscommandeure haben mehrfach um Abhilfe gebeten, bis jetzt sind aber noch immer keine Anstalten dazu getroffen worden. Sie können sich leicht denken, daß eine solche traurige Existenz die Soldaten zum Unmut aufreizen muß, und es ist in der That sehr zu verwundern, daß es bis jetzt nicht zu Exessen kam. Dies haben wir aber auch nur der wahrhaft humanen Behandlung, welche den Soldaten von Seiten ihrer Offiziere zu Theil wurde, zu verdanken. Letztere wiesen, wenn die Soldaten beschwerdeführend zu ihnen kamen, auf den Nothstand des Volks hin, setzten ihnen auseinander, daß das Volk doch unschuldig an der Exequation sei, gaben ihnen zu bedenken, daß die Bewohner ihrer eigenen Heimat (Pfalz) in ähnlicher Lage sich befunden hätten, wo sie den fremden Truppen nichts geben konnten, und floßten ihnen endlich die Hoffnung auf eine bessere Zeit ein.“

— Prag, 19. April. Heute Morgens verschied hier der Graf Bouquot, eine der bekanntesten Persönlichkeiten unserer hohen Aristokratie.